

Überregionaler Pressespiegel 17.12.2011

Lausitzer Rundschau | 17.12.2011 | Christine Keilholz

Sorge über Video-Überwachung

Dresden. Videoüberwachung von Grundstücken sollte im Freistaat kein Dauerzustand sein. Das fordert Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig. In seinem Bericht nannte er am Freitag in Dresden Beispiele, die ihm Sorge bereiten. Dazu zählen auch Bürger, die ihre Nachbarn beschatten.

Für Schurig war 2011 ereignisreich. Im Frühjahr sorgte die von der EU angeordnete Volkszählung „Zensus 2011“ für Aufregung. Im Sommer stellte sich heraus, dass Sachsens Sicherheitsbehörden Handydaten von Bürgern vorliegen, die sich im Februar in der Nähe der Dresdner Demos gegen Neonazis aufgehalten hatten. Der Streit über die Verhältnismäßigkeit dieser Aktion ist noch nicht durch. Schurig wollte ihn gestern nicht erneut anfachen, griff stattdessen zu der Jahresendaussage: „Politik und Verwaltung neigen im Inneren dazu, moderne und verfügbare Datenverarbeitungs-Technologien einzusetzen, um den Menschen nach dem Motto ‚mehr Technik, weniger Kriminalität‘ Sicherheit zu vermitteln.“ Das gilt für polizeiliche Videoüberwachung in der Öffentlichkeit, aber auch für Funkzellenabfragen. Prekär ist laut Schurig, dass dabei unbescholtene Personen miterfasst werden.

Bezüglich der Videoüberwachung lobte er aber Sachsen. So werde der öffentliche Raum weniger gefilmt als in anderen Bundesländern. Dennoch sollte eine installierte Überwachungskamera kein Dauerzustand sein. In der Prager Straße in Dresden wurde 2011 die Überwachung ausgesetzt, weil laut Datenschützer die Einkaufsmeile kein Kriminalitäts-Schwerpunkt mehr sei.

Auch nichtöffentliche Stellen setzen ihr Sicherheitsbedürfnis gern per Kamera um. Sei es im Freizeitbad oder auf Privatgrundstücken. Das greift um sich und ist in vielen Fällen schlichtweg verboten. Besonders dann, wenn eine nicht-öffentliche Stelle den öffentlichen Verkehrsraum mitüberwacht. Ein Hauseigentümer etwa, der aus dem drehbaren Vogelhäuschen sein Grundstück, das des Nachbarn und die Straße filmt, muss mit Bußgeld rechnen. So waren 2011 alleine in Sachsen rund 31 000 Euro fällig, davon 24 000 im nicht öffentlichen Bereich.

Laut Schurig sind zudem Bildüberwachungen von Demos „im Hinblick auf den Einschüchterungseffekt für die Versammlungsteilnehmer nur bei besonderer Rechtfertigung unter strenger Beachtung des Verhältnismäßigkeits-Grundsatzes“ zulässig. Die Frage der Verhältnismäßigkeit bei der Dresdner Handydatenabfrage ist in Schurigs Bericht bis Ende März nicht mehr inbegriffen. Grund: Die Affäre um über eine Million Datensätze, die von mehreren Behörden eingefordert wurden, kam erst im Sommer auf.

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Sorge-ueber-Video-Ueberwachung;art1047,3611307>

»Jetzt ist die Öffentlichkeit gefordert«

Die Junge Gemeinde Jena protestiert gegen Neonazis und steht selbst im Visier der Ermittler. Ein Gespräch mit Lothar König

Sie wurden kürzlich wegen »Landfriedensbruchs« angeklagt – nun haben Sie selbst die Ermittlungsbehörden angezeigt. Was ist passiert?

Das kann wahrscheinlich niemand so richtig sagen. Alle, die ein wenig Ahnung haben – Rechtsanwälte und andere Juristen – schütteln mit dem Kopf. Es begann so: Meine Tochter hatte sich mein Auto ausgeliehen und war mit zwei Leuten nach Dresden gefahren, um sich mit Blick auf die Proteste gegen die Nazidemo vom 13. Februar 2011 an Ort und Stelle umzuschauen. Dort trafen sie einen Dresdner Antifaschisten, gegen den zu diesem Zeitpunkt ermittelt wurde – Paragraph 129 StGB, Bildung einer kriminellen Vereinigung.

So gerieten die drei in die Fahndung. Der Fahrzeughalter war schnell ermittelt: das war ich. Da beim Landeskriminalamt in Erfurt »Erkenntnisse« über mich vorlagen, wurde ich zum Kopf einer »kriminellen Vereinigung« in Dresden, die für den 13. Februar 2011 einen Anschlag auf das Denkmal des Heidefriedhofes geplant haben soll. Diese Ermittlungen wurden dann aber zurückgestellt, statt dessen wurde ich wegen »schweren Landfriedensbruchs« angeklagt.

Nach den antifaschistischen Protesten in Dresden wurden die Räume der Jungen Gemeinde (JG) in Jena in einer Razzia von sächsischen Ermittlern auf den Kopf gestellt. Ist die thüringische JG eine Gefahr, auch über Bundesländergrenzen hinweg?

Mittlerweile denke ich fast selber, daß ich für manche Menschen offensichtlich eine Gefahr bin. Oder daß manche Institutionen – die JG insbesondere – so wahrgenommen werden. Wir sind organisiert und nehmen Unrecht nicht hin, sondern protestieren dagegen. Schon im Alten Testament steht, daß wir uns dagegen empören müssen. Das gilt auch, wenn unsere Empörung auf andere bedrohlich wirkt.

Die Herrschenden versuchen, die Menschen moralisch auf ihre Seite zu ziehen. Wenn wir den Herrschenden aber die Moral entziehen, bekommen sie Angst und schlagen wild um sich. Und dann ist ihnen manchmal jedes Mittel recht.

In Teilen der Ermittlungsakten, die Ihrem Anwalt vorliegen, werden Beschuldigte wie im Nazijargon »Mischlinge« genannt. Auch dagegen haben Sie Anzeige erstattet. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Ermittler sich für einen derartig belasteten Begriff entscheiden?

Manchmal ist es zum Heulen. Ich habe selber überlegt: Was hättest du gemacht? Welche Bezeichnung hätte ich gewählt? Ich gebe zu, daß mancher damit überfordert ist, die treffende Bezeichnung für Leute mit Eltern unterschiedlicher Herkunft zu finden. Ich hätte es lieber von Mensch zu Mensch geregelt und dem Polizisten, der das geschrieben hat, gesagt: Überleg mal, was du da schreibst! Das ist doch ein Mensch, ein Gegenüber!

Wir befinden hier aber auf einem Rechtsgebiet, deshalb geschieht das in Form einer Anzeige. Manchmal muß man bei den Dresdnern deutlicher werden, damit sie einen verstehen.

In Dresden wurden während der Antinaziproteste Tausende Telefone abgehört, auch die JG war betroffen. Wen sehen die Ermittler eigentlich als Gefahr – die Nazis oder ihre Gegner?

Wenn ich in diese Richtung weiterdenke, wird mir himmelangst. Der »Sturm 34« – eindeutig eine Neonazivereinigung – wurde vom Landgericht Dresden zunächst von dem Vorwurf freigesprochen, eine »kriminelle Vereinigung« zu sein. Es mußte erst der Bundesgerichtshof kommen und dieses Urteil kassieren.

Staatsanwaltschaftliche Nachsicht gegenüber Nazis scheint mir hierzulande zum System zu gehören, dahinter steckt Methode. Jetzt ist die Öffentlichkeit gefordert, nicht nur gegen Nazis, sondern auch gegen Staatsanwaltschaften zu protestieren.

Ihre JG hat seit Jahren vor rechter Gewalt in Jena und anderswo gewarnt. Nach den Terroranschlägen der Nazizelle, deren Mitglieder aus Ihrem Ort stammen, waren Sie und Ihre Gemeinde bundesweit in allen Medien präsent. Nun sind Sie selbst Ziel von Ermittlungen – wie reagieren Ihre Mitbürger?

Das ist für mich das Erstaunliche seit dem Überfall der Polizei, also der Hausdurchsuchung: Wir haben sehr viel Solidarität erfahren, zahlreiche Menschen haben uns mit Spenden unter die Arme gegriffen. Das macht uns Mut, denn diese Solidarität brauchen wir.

<http://www.jungewelt.de/2011/12-17/051.php>

Südthüringen.de | 17.12.2011 | 0:00 Uhr | Eike Kellermann

Scharfe Kritik an Sachsen-Justiz

Thüringer Politiker von Linke, SPD und Grünen werfen der Justiz in Sachsen vor, ein politisches Verfahren gegen den Jenaer Pfarrer König zu führen.

Erfurt - Die Erklärung war eine Idee der drei Landtags-Fraktionschefs. Bodo Ramelow (Linke), Uwe Höhn (SPD) und Anja Siegesmund (Grüne) protestieren damit gegen die Anklage der Dresdner Staatsanwaltschaft, die dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König schweren Landfriedensbruch vorwirft. König soll die Straftat beim Protest gegen eine Neonazi-Demonstration im vorigen Februar in Dresden begangen haben. Höhn sprach von einem "politisch motivierten Prozess". Die drei Fraktionschefs fordern daher, dass es nicht zu einem Gerichtsverfahren gegen König kommt.

Die Ermittlungen seien "ein falsches Signal an die, die aktiv gegen Rechtsextremismus eintreten", kritisierte Höhn. Die Erklärung wurde mittlerweile von weiteren Politikern aus den drei Parteien unterzeichnet, unter ihnen sind Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) und die Südthüringer SPD-Bundestagsabgeordnete Iris Gleicke. Auch Oberbürgermeister und Gewerkschafter machen bei dem Protest mit.

"Wir können nicht erkennen, dass die sächsischen Behörden mit der gleichen Intensität Neonazis verfolgen", heißt es in der Erklärung. Das zeigt sich nach Ansicht der Initiatoren derzeit auch bei der Aufklärung der mutmaßlichen Terrorzelle, die 1998 in Jena abtauchte und anschließend fast 14 Jahre unentdeckt in Sachsen gelebt haben soll.

"Wir sind auf dem richtigen Weg, Sachsen hat noch Nachholbedarf", sagte Grünen-Politikerin Siegesmund. Ihr zufolge hat Thüringens Innenminister Jörg Geibert (CDU) seinem sächsischen Kollegen eine gemeinsame Untersuchungskommission vorgeschlagen, die jedoch abgelehnt worden sei. Geibert und der Thüringer Sonderermittler Gerhard Schäfer haben am Donnerstag die Fraktionschefs erneut über den Fortgang der Ermittlungen informiert. "So viel Aufklärungswillen wünsche ich mir auch in Sachsen und Bayern", sagte Linke-Fraktionschef Ramelow.

Dem Vernehmen nach geht Sonderermittler Schäfer inzwischen davon aus, seine Arbeit nicht in den geplanten drei Monaten erledigen zu können. Schon die Auswahl seiner Mitarbeiter ist offenbar schwierig, da sie einer Sicherheitsüberprüfung stand halten müssen. Die Schäfer-Kommission soll Einblick unter anderem in streng geheime Dokumente des Verfassungsschutzes bekommen.

Unterdessen versprach Innenminister Geibert erneut eine "rückhaltlose Aufklärung". Nach seinen Angaben wurde inzwischen die Geheimhaltung für einen Bericht aus dem Jahr 2000 aufgehoben, in dem schwere Fehler beim Thüringer Verfassungsschutz aufgelistet sein sollen. Die Innenpolitiker des Landtags sollen den Bericht nun einsehen können.

<http://www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Scharfe-Kritik-an-Sachsen-Justiz:art83467,1843855>

Nachtrag Überregionaler Pressespiegel 16.12.2011

Jena TV | 16.12.2011

DGB Kreisvorstand Jena-Saale Holzlandkreis erklärt sich solidarisch mit Lothar König

Der DGB Kreisvorstand Jena-Saale Holzlandkreis befasste sich in seiner letzten Sitzung im Jahr 2011 mit dem Aufruf zur Verhinderung des Naziaufmarsches in Dresden im Jahr 2012 und mit der Anklage gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König. Laut DGB-Kreisvorsitzenden Sandro Witt sei die Anklage gegen Lothar König angesichts einer Zeit, in der klar wird, dass neofaschistische Täter unter den Augen und vor allem völlig unbehelligt von Behörden eine Serie von Mordtaten verübten, eine absolute Ungeheuerlichkeit. Witt erklärt angesichts von über 150 Todesopfern durch rechtsextreme Gewalt, dass das Relativieren und Verdrängen der rechtsextremen Gefahr endlich ein Ende haben muss. Der DGB-Kreisvorstand in Jena ruft dazu alle auf, im Februar 2012 an den Protesten in Dresden gegen die neofaschistischen Gefahren in dieser Gesellschaft teilzunehmen und gegen sie zu protestieren.

http://www.jenatv.de/politik/DGB_Kreisvorstand_Jena_Saale_Holzlandkreis_erklaert_sich_solidarisch_mit_Lothar_Koenig_-6592.html

dapd | 16.12.2011 | 18:46 Uhr

Thüringer Politiker sehen "politischen Prozess" gegen Lothar König

Das Verfahren der sächsischen Justiz gegen Jenas Stadtjugendpfarrer Lothar König schlägt weiter hohe Wellen. Zahlreicher Vertreter aus Politik und Gesellschaft aus Thüringen und Sachsen haben in einer gemeinsamen Erklärung die Anklage der Staatsanwaltschaft Dresden gegen König als "politischen Prozess" bezeichnet.

"Dieses Signal richtet sich klar erkennbar gegen die Kräfte, die zivilgesellschaftlich bewegt den Neonazis keinen Raum geben wollen", heißt es in dem Schreiben, das am Freitag in Erfurt von den Fraktionschefs der Thüringer SPD, Grünen, und Linke, Uwe Höhn, Anja Siegesmund und Bodo Ramelow vorgestellt wurde.

In der Erklärung bezweifeln die Unterzeichner, dass sich der Vorwurf des besonders schweren Falls von Landfriedensbruch gegen König halten lasse. Außerdem rügen sie den "besonderer Eifer der Ermittler" in dem Fall. "Wir können nicht erkennen, dass die sächsischen Behörden mit gleicher Intensität Neonazis verfolgen." Es sei der Eindruck erstanden, die sächsischen Ermittler seien auf dem rechten Auge blind: "Diese politische Einseitigkeit hat in der Vergangenheit zu Verharmlosung, Nichtwahrnehmung und Kriminalisierung der Opfer geführt."

Zu den Unterzeichnern der Erklärung gehören auch Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter und Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (beide SPD). Zusätzlich tragen der Vorsitzende der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag, Martin Dulig, und der ver.di-Landesbezirksleiter für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Thomas Voß, die Erklärung mit.

Dass das Dokument bislang nicht CDU oder FDP unterzeichnet worden ist, wollten Siegesmund, Höhn und Ramelow nicht als Zeichen der Spaltung verstehen. Die Umstände der kurzfristigen Entstehung hätten es bislang nicht ermöglicht, dass auch Vertreter anderer Parteien es unterzeichnen konnten, hieß es. Es bestehe noch immer die

Möglichkeit zu unterschreiben.

Ramelow verband die Präsentation des Papiers mit dem Vorwurf an Sachsens Justiz, bei den Ermittlungen gegen Lothar König, auch dessen Tochter, die Linke-Thüringer Landtagsabgeordnete Katharina König ausgespäht zu haben. Das sei ein Verstoß gegen das Immunitätsrecht von Abgeordneten und gegen die Thüringer Verfassung. Ramelow hatte zu den Ermittlungen gegen Katharina König bereits am Montag eine kleine Anfrage an die Thüringer Landesregierung gestellt.

Die Staatsanwalt Dresden wirft Lothar König vor, bei einer Demonstration gegen einen Aufmarsch Richter im Februar 2011 in Dresden zu Gewalt aufgerufen zu haben. Besondere Brisanz hat der Fall dadurch erhalten, dass im Zuge der Ermittlungen sächsische Polizeibeamte die Wohn- und Arbeitsräume Königs in Jena durchsucht hatten.

http://nachrichten.t-online.de/thueringer-politiker-sehen-politischen-prozess-gegen-lothar-koenig/id_52458462/index?news

LVZ-online.de | 16.12.2011 | 21:47 Uhr

Sächsische Datenschützer besorgt über Zunahme an Überwachungen

Immer mehr Einrichtungen in Sachsen überwachen ihr Gelände mit Videotechnik, auch Bürger observieren Nachbars Garten schon mal mit versteckter Kamera. (Archivfoto) Dresden. Immer mehr Einrichtungen in Sachsen überwachen ihr Gelände mit Videotechnik, auch Bürger observieren Nachbars Garten schon mal mit versteckter Kamera: Für den sächsischen Datenschutzbeauftragten Andreas Schurig ist das Grund zur Sorge. Bei der Vorstellung seines Tätigkeitsberichtes 2009/2010 nannte er am Freitag in Dresden viele Beispiele, die nicht mit dem Gesetz im Einklang stehen.

Mitunter agieren die Beobachter einfallsreich. Schurig schilderte einen Fall, bei dem die Kamera in einem Vogelhäuschen getarnt war, das sich mit einer Angelsehne bewegen ließ. Allerdings blieb das schwenkbare Vogelhäuschen einem gegenüberliegenden Polizeirevier nicht verborgen. Sobald öffentlicher Verkehrsraum mit erfasst ist, ist solche Überwachung unzulässig.

Aus diesem Grund ist auch die Außenkamera eines Nachtclubs rechtswidrig, wenn sie die nahegelegene Kreuzung mit abdeckt. Schurig sprach von einer deutlichen Zunahme von Überwachungsmaßnahmen durch öffentliche und private Stellen. Ein Bad mit Fitnessraum und Saunalandschaft hatte gleich 44 Kameras im Einsatz. Die Videotechnik im Umkleideraum wurde nicht beanstandet, weil die eigentlichen Kabinen von der Überwachung ausgenommen waren.

Einspruch löste allerdings eine Kamera in der Sauna aus. Der Betreiber hatte angeführt, ihm seien früher kleinere Dekorationsteile gestohlen worden - für den Datenschützer ein normales Betriebsrisiko. Lob zollte Schurig der Polizei in Dresden. Die Videobeobachtung der Einkaufsmeile Prager Straße ist inzwischen Geschichte.

Handlungsbedarf sieht der Datenschützer beim Internetauftritt der öffentlichen Verwaltung. In einem Fall sei eine Frau bei einer Scheidung mit Namen, Geburtsdatum und vollständiger Adresse im Amtsblatt und dann im Internet aufgetaucht. Gerade bei weltweiten Veröffentlichungen über das Internet sei in besonderer Weise Selbstkontrolle der Verwaltung vonnöten. Schurig will Verstöße gegen den Datenschutz vermehrt mit

Bußgeldern ahnden. Im privaten Bereich wurden in den beiden Vorjahren 24 Verfahren eingeleitet (2007/2008:16) und 24 000 Euro kassiert.

Schon seit dem 1. November 2010 ist es nicht mehr zulässig, den Personalausweis als Pfand an der Einlasskontrolle einer Firma oder einer Einrichtung einzufordern. Für den sächsischen Landtag gilt allerdings eine Ausnahme. Da der Landtagspräsident neben dem Hausrecht auch das Polizeirecht ausübt, können von Gästen die Personalausweise während der Besuchszeit einbehalten werden.

Die umstrittene Funkzellenabfrage, mit der sächsische Ermittlungsbehörden nach den Gewaltexzessen am Rande der Dresdner Neonazi-Aufmärsche im Februar massenhaft Handydaten erhoben und ausgewertet hatten, spielte am Freitag nur am Rande eine Rolle. Sie soll Gegenstand des nächsten Berichtes sein.

Schurig hatte der Polizei und Justiz vorgeworfen, sich nicht an Recht und Gesetz gehalten zu haben. Der Datenschützer will erreichen, dass die Betroffenen schriftlich informiert werden, wenn Daten über sie erhoben werden. Seine Frist für eine Stellungnahme des Landeskriminalamtes und der Staatsanwaltschaft Dresden läuft am Jahresende aus. Schurig geht davon aus, dass „sehr viele Briefe“ fällig sein werden.

<http://nachrichten.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/saechsische-datenschuetzer-besorgt-ueber-zunahme-an-ueberwachungen/r-mitteldeutschland-a-117860.html>
